

BAYERN LB

Tipp in letzter Minute

Bei den Ermittlungen um den umstrittenen Kauf der Kärntner Bank Hypo Group Alpe Adria (HGAA) durch die BayernLB verdichten sich Hinweise, dass der ehemalige Bankchef Werner Schmidt frühere Vorstände und Verwaltungsräte gezielt getäuscht haben könnte. Der Topmanager und seine Kollegen hatten im Vorfeld des Deals 2006 auch ein Gebot für das österreichische Gewerkschaftsinstitut Bawag abgegeben, das sie angeblich favorisierten. Nach SPIEGEL-Informationen könnte das Interesse jedoch nur vorgegaukelt gewesen sein, um vom wahren Plan, dem Erwerb der HGAA, abzulenken. Ein Berater, der damals den Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) als Verkäufer vertrat, soll Schmidt kurz vor Ende der Abgabefrist über das Konkurrenzangebot eines Konsortiums um Cerberus informiert haben. Besorgte ÖGB-Funktionäre wollten so verhindern, dass die Bawag an den Finanzinvestor geht, da sie die Bayern bevorzugten. Doch statt seine Offerte aufzustocken, soll Schmidt den Kaufpreis von Cerberus um 50 Millionen Euro unterboten und zusätzliche Sicherheiten gefordert haben. Wie zu erwarten, erhielt Cerberus den Zuschlag, Schmidt konnte seinen „Plan B“, den Kauf der HGAA, in Angriff nehmen. Die Münchner Staatsanwälte prüfen nun, ob der Ex-BayernLB-Chef womöglich persönlich von dem Geschäft profitierte. Schmidt selbst wollte sich vergangene Woche zu dem Vorgang nicht äußern.

AFFÄREN

Was wusste Obermann?

Die Bestechungsaffäre beim mazedonischen Telekom-Ableger MakTel könnte für die Telekom-Manager und den Konzernchef René Obermann durchaus brisanter werden als bislang vermutet. Das zumindest legt ein „streng vertraulicher“ Schriftsatz der renommierten US-Kanzlei Debevoise & Plimpton nahe, die von der Deutschen Telekom als Rechtsberater verpflichtet wurde. Danach wirft die Bonner Staatsanwaltschaft Telekom-Managern vor, eine Art Geheimabkommen



Telekom-Chef Obermann

mit der mazedonischen Regierung verhandelt zu haben. In dem Geheimvertrag sollen offenbar millionenschwere Zahlungen an die Regierung mit der Nicht-Vergabe einer dritten Mobilfunklizenz in Mazedonien verknüpft worden sein. Die Vereinbarung sei später auf diversen Computern gelöscht worden. Als Beleg für ihren Verdacht ha-

ben die Bonner Ermittler der Telekom offenbar E-Mails präsentiert, in denen auch Obermann über Verhandlungen mit der mazedonischen Regierung und über den Stand der Geheimvereinbarung unterrichtet worden sein könnte. Bislang war gegen Obermann lediglich angeführt worden, dass er in einem Gespräch mit dem Chef der mazedonischen Telefongesellschaft Dividendenzahlungen von einer möglichst langsame Freigabe des Telefonmarktes abhängig gemacht habe. Wie die Juristen der US-Kanzlei in dem neunseitigen Schriftsatz ausführen, lieferten die E-Mails allerdings „keine Beweise“ dafür, dass Obermann in die Erstellung einer solchen Vereinbarung eingebunden gewesen sei oder auch nur davon gewusst habe. Die vermeintlichen Fundstellen seien allesamt anders zu verstehen. Auch die Vereinbarung selbst, so die Kanzlei, sei juristisch nicht zu beanstanden und den ebenfalls ermittelnden US-Behörden bekannt. Die Telekom wollte sich zum Inhalt des Schreibens nicht äußern. Die US-Kanzlei sei bereits vor einigen Jahren als Beraterin in der Affäre eingestellt worden, hieß es nur. Der Schriftsatz diene als Vorbereitung für die deutschen Anwälte des Telekom-Chefs und sei das „Herzstück“ einer möglichen künftigen Verteidigung.

BERND THISEN / DPA